



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/90 - 21. April 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 31931 - 33  
Fernschreiber 0896890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Schlechte Begleitmusik Wie Grewe und Strauß die Genfer Konferenz "vorbereiten"	33
2	<u>Das Minuten-Interview:</u> Waldemar von Kroeringen, stellvertretender Vorsitzender der SPD, zum Rahmengenplan des Deutschen Ausschusses für das Erziehungsbildungswesen zur Umgestaltung des öffentlichen allgemeinbildenden Schulwesens	29
3	Wer bezahlt die "Deutsche Reichspartei"? DRP-Wahlkampf in Rheinland-Pfalz kostete mindestens 200.000 DM	43
4	Bezeichnende Wahlergebnisse SPD drängt auch in katholischen Gebieten immer weiter nach vorn - Blick auf den Regierungsbezirk Trier	25
5	Dänemark und die NATO Keine Raketenbasen - Abbau der allgemeinen Dienstpflicht	50
6 - 7	Niederländischer Balanceakt Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung in Holland	66

\* \* \*

\* \* \*

Schlechte Begleitmusik

sp - Man sollte annehmen, daß mindestens deutsche Politiker wenige Wochen vor der Genfer Außenminister-Konferenz alles nur Erdenkliche tun - und auch sagen -, was zur Schaffung einer günstigen Atmosphäre für diese so wichtigen internationalen Verhandlungen beiträgt. Irrtum! Botschafter Grewe, der Mann, der die westdeutsche Delegation in Genf führen wird, gefällt sich in düsteren Voraussagen, deren Tenor - etwas undiplomatisch formuliert - ist: Macht nicht so viel Wind, es wird in Genf schon nichts herauskommen!

Herr Grewe muß es ja wissen. Er ist ein Spezialist auf dem Gebiet der Vorbereitung von Konferenzen, bei denen die deutsche Wiedervereinigung im Hintertreffen bleibt. Vor und während der Genfer Außenminister-Konferenz im Spätherbst 1955 hat er es sich auch angelegen sein lassen, auf die "zwingende Notwendigkeit der Aufstellung einer starken westdeutschen Armee" hinzuweisen. Ein Hinweis, der damals den französischen Pressesprecher zu der sarkastischen Bemerkung veranlaßte: "Sie haben noch keinen Säbel und rasseln schon damit!"

Bundesverteidigungsminister Strauß macht es nicht anders. Er reist in den Vereinigten Staaten herum, läßt sich als "der härteste Mann Europas" zum Ehrenbürger von Chicago ernennen und plaudert in amerikanischen Fernsehsendungen wilde Geschichten über die Rüstungspläne des Westens aus. Damit die Vertreter der Sowjetunion, die nach Genf kommen, genau Bescheid wissen, wie stark der Wille westdeutscher Bundesminister zu Verhandlungen ist, werden noch einmal schnell alle möglichst bald einzurichtenden Raketenbasen aufgezählt. Unbeschadet aller Bemühungen um die Einleitung einer Entspannungspolitik wird drei Wochen vor der Genfer Außenminister-Konferenz mit einer geradezu nach Sabotage riechenden Hartnäckigkeit in ausschließlich militärischen Kategorien weitergedacht und ein Verhalten an den Tag gelegt, als müsse das Schicksal Europas und damit des deutschen Volkes unbedingt von Generalen und Verteidigungsministern bestimmt werden.

Das ist ein schlechter Stil, den verantwortliche deutsche Politiker entwickeln. Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir tun sollten!

Das Minuten-Interview:

Waldemar von Knoeringen, stellvertretender Vorsitzender der SPD

zum Rahmenplan des Deutschen Ausschusses für das Erziehungsbildungswesen zur Umgestaltung des öffentlichen allgemeinbildenden Schulwesens

SPD-Pressedienst: Herr von Knoeringen, in diesen Tagen hat der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen seine Reformvorschläge für das allgemeinbildende Schulwesen vorgelegt. Können Sie uns heute bereits Ihre Meinung zu diesen Vorschlägen mitteilen?

Waldemar von Knoeringen: Ich begrüße die Vorschläge des Ausschusses und bin sehr beeindruckt von der Arbeit, die hier geleistet wurde. Damit ist für die Diskussion um die Schulreform eine gründlich erarbeitete Unterlage vorhanden. Die Vorschläge des Deutschen Ausschusses treffen sich in vielen Punkten mit den Vorstellungen der Sozialdemokratischen Partei. Wir werden alles tun, um diese Vorschläge überall bekannt zu machen und eine eingehende Diskussion unter den Parlamentariern und in den Fachausschüssen beim Parteivorstand der SPD einzuleiten.

Besonders wichtig ist, dass der Ausschuss der Frage der Verwirklichung seiner Vorschläge nicht ausgewichen ist. Er bestätigt insofern die Forderungen, die die Sozialdemokratische Partei seit langem erhoben hat und die in ihrem Arbeitsmaterial "Die Zukunft meistern" zusammengefasst sind. Mehr Mittel für das Erziehungs- und Bildungswesen, Beseitigung des Lehrermangels, Heranzubilden einer grösseren Zahl von Abiturienten, um den nötigen Nachwuchs auch für den Lehrerberuf zu sichern, Beseitigung der Schulraumnot, Einführung des 9. Schuljahres in den Ländern, in denen das noch nicht geschehen ist, sobald die nötigen Lehrer zur Verfügung stehen und schliesslich die versuchsweise Einführung des 10. Schuljahres.

Jetzt ist es notwendig, die breite öffentliche Diskussion der Vorschläge, ihre sorgfältige Prüfung im einzelnen und die parlamentarische Initiative zu ihrer Verwirklichung in Angriff zu nehmen. Die Sozialdemokratische Partei wird sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen.

### Wer bezahlt die "Deutsche Reichspartei"?

sp - Die Tatsache, daß die "Deutsche Reichspartei" bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz die Fünf-Prozent-Klausel überspringen konnte, hat in Deutschland, aber auch im Ausland, beträchtliche Überraschung ausgelöst. Die Untersuchung der Wahlergebnisse zeigt, daß die DRP besonders dort Stimmen einbringen konnte, wo unzufriedene Bauern und Winzer schon seit längerer Zeit in Opposition zu der europäischen Integrationspolitik auch auf dem landwirtschaftlichen Sektor stehen. Spitzenredner und Flieger-As des zweiten Weltkrieges, Rudel, bestritt seine Versammlungsreden gerade in diesen Gegenden nicht nur mit dem "Appell an die Kriegsgeneration", sondern auch mit Hinweisen auf "Korruption, politische Geschäftemacherei, Verrat an Deutschland" und ähnlichen allzu bekannten Schlagworten.

Das allein aber dürfte nicht der Grund für den relativen Erfolg der DRP in Rheinland-Pfalz sein. Es besteht kein Zweifel darüber, daß hinter der "Deutschen Reichspartei" finanzkräftige Gruppen stehen müssen, die sich gerade diesen Wahlkampf etwas kosten ließen. Propaganda-Experten haben ausgerechnet, daß die DRP in Rheinland-Pfalz für ihren beachtlichen Propagandarummel mit Farbplakaten, Lautsprechern, "Begleitmannschaften", Flugblättern usw. mindestens 200.000 DM aufgebracht hat. Das ist für eine Partei, die kaum Mitglieder hat, eine gewaltige Summe.

Man heißt es in Rheinland-Pfalz, die DRP hätte mehrere Finanzierungsquellen "aufgetan": Erstens "stille Zuwendungen" von einigen interessierten Unternehmern, besonders in der West-Pfalz. Zweitens eine Sammelaktion in Kreisen ehemaliger Nationalsozialisten, die heute 131er sind und sich selbst als "Pensionäre der Bundesrepublik" bezeichnen. Drittens eine Sammelaktion bei Winzern in der Pfalz und in Rheinhessen, denen man eingeredet hatte, die DRP werde dafür sorgen, daß die Bundesrepublik von der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus dem Ausland verschont bleiben werde.

Dann gibt es noch Einweise darauf, daß - besonders im Raum Kaiserslautern - eine Sammelaktion unter ehemaligen Reichsarbeitsdienst- und NSDAP-Funktionären durchgeführt wurde, die zur Zeit in irgendeinem der zahlreichen Betriebe der NATO-Streitkräfte arbeiten. Ob Rudel, der bei seiner Versammlungstournee häufig von einer mit weißen Hemden und Schaftstiefeln bekleideten Schutzmannschaft eskortiert war, "seinen Leuten" Tagegeld gezahlt hat, wird zur Zeit überprüft.

Der gewählte Spitzenkandidat der DRP in Rheinland-Pfalz ist ein gewisser in Escharach wohnender Hans Schikora. Sch. ist Heimatvertriebener aus Oberschlesien und lebt zur Zeit von seinen 131er-Bezügen, die er als ehemaliger Stabsfeldwebel - er stellt sich immer "Stabsfeldwebel a.B." vor - bezieht.

Bezeichnende Wahlergebnisse

op - Es wird bei Wahlen - gleich welcher Art - immer wieder mit besonderem Interesse verfolgt, wie die CDU in ausgesprochen katholischen Gegenden abschneidet. Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz ist der Verlust der CDU gerade im katholischen Gebiet von Trier, Berncastel, Wittlich, Daun und Wittlich auffallend.

Die SPD hat zum Beispiel in Trier-Land seit der Bundestagswahl 1957 bis zur Landtagswahl am vergangenen Sonntag ihre Stimmzahl von 9 632 auf 10 762 verbessern können. Die CDU dagegen ging von 33 775 auf 28 033 zurück. In Prüm gewann die SPD über tausend Stimmen (4 627 auf 5 777), während die CDU von 17 771 auf 14 591 zurückging. Ein anderes Beispiel: In Berncastel, in früheren Jahren für die SPD besonders schlecht, konnte sie ihre Stimmzahl von 4 817 auf 5 525 erhöhen. Die CDU dagegen rutschte von 19 471 auf 15 150 ab. Sie verlor also über 4 000 Stimmen!

Im Regierungsbezirk Trier, der bekanntlich eine fast ausschließlich katholische Bevölkerung hat, konnte die SPD zum ersten Male (außer bei Kommunalwahlen) die 20-Prozent-Grenze überschreiten. Ihr Stimmenanteil beträgt nach der letzten Landtagswahl 21,8 Prozent.

Einen Begriff von dem stetigen Aufstieg der SPD auch in diesem ausgesprochen katholischen Gebiet erhält man durch einen Blick auf die Reichstagswahlen im Jahre 1932. Damals konnte die SPD im Regierungsbezirk Trier nur 5,1 Prozent aller abgegebenen Stimmen für sich buchen.

### Dänemark und die NATO

mu. - In Dänemark ist die Militärpolitik, auch im Rahmen der NATO, ein Bestandteil des gesamten politischen Geschehens. Hier haben sich militärische Überlegungen in die innenpolitischen Probleme einzuordnen. Das haben die neuerlichen Entscheidungen in Kopenhagen bewiesen. Die Stärke der dänischen Wirtschaft ist die exportierende Landwirtschaft. Dänemark fühlt sich durch die Freihandelszone benachteiligt und markt, das bereits an seinen Ausfuhrbilanzen. Hinzu kommt, daß mehrere europäische Länder, darunter vor allem die Bundesrepublik, ihre Schutzbestimmungen gegenüber der Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten eher auf- als abbauen.

Für die Dänen kommt es also darauf an, dennoch ein ausgewogenes Staatsbudget zu bekommen. Sie halten einen sozialen Rechtsstaat aber für ebenso wichtig wie die nationale Verteidigung im Rahmen der NATO. So ist es verständlich, daß sie zur Zeit nicht in der Lage sind (und hinsichtlich ihrer innenpolitischen sozialen Verpflichtungen auch nicht bereit sind) eine Steigerung der Verteidigungsausgaben um 40 Prozent vorzunehmen, wie es entsprechend der militärischen Zielen des NATO-Oberkommandes gewünscht wird.

Um dennoch ein höchstes Maß an Heimatverteidigung zu erhalten, sind die Dänen dabei, den Weg zur Berufsarmee zu gehen. Sie wollen die Dienstzeit der Einberufenen von 16 auf 12 Monate vermindern, eine Berufsarmee aufstellen und dabei die effektive Armeestärke aufrecht erhalten. Den länger Dienenden soll eine Soldatshöhung und eine Bonusausschüttung am Ende ihrer Dienstzeit gegeben werden.

Die dänischen Volkswirtschaftler und Militärwissenschaftler haben errechnet, daß sie auf diesem Wege weiterhin eine gute Verteidigungskraft und daneben eine gesicherte Produktivitätskraft der Wirtschaft erhalten können.

Weiter ist den Dänen daran gelegen, stabile Regierungsmehrheiten zu besitzen, um die innenpolitischen Pläne der ausgeglichenen Devisenbilanz und des gesicherten Volkseinkommens durchführen zu können. Das bedeutet, daß die maßgebende Regierungspartei, die Sozialdemokraten, auf den kleinen Koalitionspartner der Sozialliberalen Radikale Venstre Rücksicht nehmen muß, wenn es um deren nationalpolitischen Wünsche hinsichtlich der Militär-Integration in NATO-Abschnitt Nord geht. Die Venstre hat erklärt, daß ihrer Auffassung nach die Bevölkerung Dänemarks nicht damit einverstanden ist, daß in Dänemark Militärdepots der Bundeswehr errichtet werden. Daraufhin hat die Regierung in Kopenhagen die deutsch-dänischen Gespräche darüber abgebrochen. Bereits vorher war der Bundesregierung mitgeteilt worden, daß man eine Bewachung der Depots durch Bundeswehresoldaten auf dänischem Territorium nicht wünsche. Die Dänen haben bisher im Rahmen der NATO-Bestimmungen bereits ausdrücklich die Stationierung von Raketen auf ihrem Hoheitsgebiet abgelehnt. Sie sind nur bereit, im Rahmen der defensiven Heimatverteidigung Kurzstreckenraketen ohne Atomsprenghöpfe zur Luft- und Panzerabwehr und Küstenvorfeldverteidigung aufzunehmen. Auch die Stationierung fremder Düsenjäger ist in Dänemark nach wie vor nicht gestattet. Trotz dieser Einschränkung aber sind die Dänen nach wie vor ein gesuchter Mitgliedstaat in der NATO-Gemeinschaft.

Niederländischer Balanceakt

D.Str. - Als Anfang März die Einwohner unseres Nachbarlandes Holland zu den Wahlurnen schritten, glaubten die sogenannten bürgerlichen Parteien, daß die Sozialdemokraten unter Führung des "Alten van Nederland", von Willem Drees, nicht mehr in dem Maße zum Zuge kommen würden, um bei der Regierungsbildung mitreden zu können. Auf Grund der regionalen Wahlergebnisse zu den Provinziallandtagen hätten, so argumentierten die Wahlspekulanten, die Sozialisten sechs von den 50 Sitzen verlieren müssen, die sie in der "Zweiten Kammer", dem holländischen Parlament, besetzten.

Als jedoch am Abend des 12. März die Urnen geleert wurden, stellte sich heraus, daß die Sozialisten nur einen verhältnismäßig geringen Stimmenverlust erlitten hatten und damit ein entscheidender Faktor der holländischen Politik blieben. Die Haager zweite Kammer setzte sich nach dem 12. März wie folgt zusammen (Sitzverteilung nach den Wahlen von 1956 in Klammern): Katholische Volkspartei 49 (49), Sozialdemokraten 48 (50), Liberale 19 (13), Antirevolutionäre Partei 14 (15), Christlich-Historische Union 12 (13), Niederländische-Reformierte Partei 3 (3), Kommunistische Partei 3 (7) und Pazifistische Sozialistische Partei 2.

Die Gewinnerin der Wahl war eindeutig die Liberale Partei (VVD). Allerdings haben Hollands Sozialdemokraten nicht nur an die VVD verloren (wenn man bei der geringen Verschiebung überhaupt von Verlust sprechen kann), sondern auch an pazifistische sozialdemokratische Gruppe, die sich von der Mutterpartei, der Partei van de Arbeid, abgesplitterte. Dieser Aderlass wäre verrieten worden, hätte sich die Führung der holländischen Arbeiterpartei nicht allzusehr auf die "Politik der Stärke" festgelegt.

Die holländischen Sozialdemokraten, die seit Kriegsende das politische Bild der Niederlande geprägt haben, können jedoch mit Genugtuung feststellen, daß das Volk ihre Arbeit in der schwersten Stunden des Brachtenlandes nicht vergessen hat. Vor allen die sozialen Leistungen des Kabinetts Drees, die Volkspension und die Ver-

sozierungspolitik für die alten Bürger der Niederlande trotz der enormen materiellen und wirtschaftlichen Verluste (Kriegszerstörung, Unabhängigkeit Indonesiens) sind im Gedächtnis der Wähler haften geblieben, die dann auch eine starke sozialistische Fraktion in die Kammer schickten. Professor Beel, maßgebendes Mitglied der Katholischen Volkspartei und Interimspremier bis zum 12. März, mußte den Auftrag zur Bildung einer Regierung an Königin Juliana zurückgeben. Bei der Verteilung der Mandate in der Kammer war es unvermeidlich, daß die "religiösen" Parteien, die zusammen genau 50 Prozent der Sitze haben, entweder mit den Sozialisten oder mit den Liberalen eine Koalition eingingen. Die Liberalen wollten einem Kabinett jedoch nur dann beitreten, wenn sie keine vorherigen Bindungen einzugehen brauchten. Die Sozialisten hatten über die Innenpolitik und die Neu-Guineafrage andere Ansichten als die "religiösen" Parteien.

Auch der Nachfolger Professor Beels, Professor de Quay von der Katholischen Partei, der sich zur Zeit bemüht, stand vor derselben Schwierigkeit. Die Sozialdemokraten verlangten als Preis für eine Beteiligung am Kabinett eine allgemeine Erhöhung der Lohn- und Gehaltstarife, vorläufig keine Mieterhöhungen, Verkürzung der militärischen Dienstzeit und den Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten. Mit diesen Bedingungen waren wiederum die anderen Parteien nicht einverstanden, so daß es als nunmehr sicher gilt, daß die Sozialdemokraten in die Opposition gehen werden. Nach dem jetzigen Stand der Dinge in den Den Haag, werden die Katholiken wahrscheinlich sechs Minister stellen, die Liberalen drei und die anderen konfessionellen Parteien je zwei.

Allerdings ist mit dieser vorgesehenen Verteilung der Kabinettsessel das Problem nicht gelöst. Professor de Quay findet nur sehr schwer Politiker, die sich bereit erklären, ein Ministeramt zu übernehmen, da die Unsicherheit der Koalition, insbesondere im Hinblick auf die Mitwirkung der kleineren Parteien, sehr groß ist. Man weiss in Holland gar zu gut, daß die grosse Koalition zwischen den Sozialdemokraten und Katholiken für das Land immer noch beste und stabilste Lösung ist.